

Westfalenwind: jetzt 80 Prozent Ökostrom

Windparkbetreiber sieht aber noch weiten Weg bis zur 100-Prozent-Quote – Kritik an CDU



Erneuerbare Energien decken zu 80 Prozent den Strombedarf im Kreis Paderborn, sagt Westfalenwind. Foto: dpa

Kreis Paderborn (WV). Im Kreis Paderborn nimmt der Anteil des Ökostroms am Stromverbrauch immer mehr zu und liegt nach Angaben des heimischen Windpark-Betreibers »Westfalenwind« zum Jahresende 2016 im Durchschnitt bei fast 80 Prozent. Westfalenwind stützt sich dabei auf Daten des NRW-Energieatlas und Statistiken des Kreises Paderborn.

Insbesondere der Ausbau von 25 neuen Windkraftanlagen bei gleichzeitigem Abbau von neun Altanlagen in der zweiten Hälfte des Vorjahres habe den Anteil des Ökostroms von 70 auf 79,8 Prozent getragen, sagte gestern Westfalenwind-Geschäftsführer Johannes Lackmann.

Die installierte Leistung der Ende 2016 in Betrieb befindlichen 455 Windkraftanlagen liege bei 731 Megawatt. Lackmann: »Das ist in

etwa so viel wie ein Block eines Kohlekraftwerks leistet.« Durch die im Kreis Paderborn in 2016 erneuerbar erzeugten 1,7 Milliarden Kilowattstunden sei der Abbau von 1,9 Millionen Tonnen Rohbraunkohle vermieden worden. Das entspreche einem Zug mit 48 000 Waggons voll Kohle.

Allerdings sieht Westfalenwind den Kreis Paderborn den vom Kreistag beschlossenen 100 Prozent Ökostrom für das Jahr 2020 noch ein gutes Stück entfernt. Westfalenwind-Geschäftsführer Johannes Lackmann hält vornehmlich der CDU vor, im Ausbau regenerativer Energienutzung zurückzurudern. Bundestagsabgeordneter Carsten Linnemann, Landespolitiker Daniel Sieveke und Paderborns Bürgermeister Michael Dreier hätten zuletzt mehrfach erklärt, der Windradausbau im Kreis müsse gestoppt werden.

Lackmann: »Deshalb wäre es nur konsequent, wenn die CDU im Kreistag den Antrag stellen würde, das 2011 gemeinsam beschlossene Klimaschutzkonzept aufzuheben.«

Forderungen von Sieveke und Dreier nach Mindestabständen von 1500 Metern zur Wohnbebauung seien in der aktuellen Situation im Kreis Paderborn »reiner Populismus.« Sieveke und Dreier wüssten, dass die Frist für eine solche Festlegung auf Landesebene Ende 2015 abgelaufen sei. Dann hätte zum Beispiel die Stadt Paderborn im gerade verabschiedeten Flächennutzungsplan überhaupt keine weiteren Windkraftflächen ausweisen können. Außerdem sei der Großteil der Windkraft-Planungen im Kreis Paderborn abgeschlossen. Für bestehende und beantragte Projekte käme eine solche Forderung ohnehin zu spät.